



**WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN**

Im Dialog gestalten

Kehrtwende

Deutschland wieder Perspektiven geben

München, Januar 2025

Ottistraße 5, 80333 München,

Tel: 089 2422 86 0, E-Mail: info@wbu.de

Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

Inhaltsverzeichnis

1.	Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik einleiten.....	3
2.	Deutschland 2040 zum Unternehmerland, Land der Zukunftsmärkte machen	4
3.	Neue Balance zwischen Staat, Markt und Unternehmen herstellen.....	5
4.	Sicherheits- und Verteidigungspolitik selbst in die Hand nehmen.....	6
5.	Europa ins Zentrum der Politik rücken	7
6.	Den Staatshaushalt auf Zukunft hin ausrichten.....	9
7.	Mit niedrigen Steuern neue wirtschaftliche Dynamik freisetzen	9
8.	Die Energie- und Klimapolitik neu ausrichten	11
9.	Arbeit wieder attraktiver machen	13
10.	Das System der sozialen Sicherung auf tragfähige Säulen stellen	15
11.	Deutschland zum Land mit der modernsten Infrastruktur machen.....	16
12.	Staat und Verwaltung grundlegend reformieren	17
13.	Die Chancen eines Neuanfangs nutzen	19

1. Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik einleiten

Die Welt ist im Umbruch. Die USA stellen sich mit Präsident Donald Trump neu auf und werden uns fordern. China ist ein wichtiger Wirtschaftsraum mit großem Markt-potenzial, der zugleich nach mehr politischer Macht in der Welt strebt. Den Aggres-sionskrieg Putins in der Ukraine müssen wir als Herausforderung der Demokratie des Westens und unserer Freiheit werten. Für diese Auseinandersetzung müssen wir bereit sein. Hinzu kommen die Digitalisierung inklusive künstlicher Intelligenz und globaler Hochtechnologiewettbewerb, Klimawandel und die grundlegende Transfor-mation der Wirtschaft sowie der Mangel an Arbeitskräften infolge des demografi-schen Wandels. Ein Jahrzehnt eines umfassenden und tiefgreifenden Strukturwan-dels steht vor uns.

Deutschland muss diesen Strukturwandel nicht fürchten. Aber wir sind darauf nicht vorbereitet. Der Marsch in die Staatswirtschaft, ausufernde Regulierungen, eine Po-litik der Subventionen und Förderprogramme, eine ideologische Politik sind geschei-tert. Ein Anspruchsdenken, wonach der Staat Bürgern aber auch Unternehmen ein Grundrecht auf ein zumutungsfreies Leben garantieren müsse, überfordert den Staat. Zu hohe Energiepreise, zu hohe Steuern und Abgaben, zu hohe Arbeitskosten, ein gravierender Mangel an Arbeitskräften, wuchernde Bürokratie lähmen Deutschland. Investitionen machen einen Bogen um unser Land. Die Investitionsdynamik fällt in internationalen Vergleich zurück. Die Deindustrialisierung läuft. Für Personenunter-nehmen in Mittelstand und Handwerk wird die Luft immer dünner. Deutschland läuft beim Wachstum in der EU und in der OECD hinterher. Der Staat funktioniert nicht mehr, wie er soll: nicht bei der Bahn, nicht in der Bildung (Pisa), nicht bei der Infra-struktur, nicht bei der Kinderbetreuung etc. In der Außen- und Sicherheitspolitik fehlt es an klaren Zielen und Strategien und an sicherheitspolitischen Ressourcen und Ka-pazitäten. Die Fähigkeit zur Verteidigung ist nicht gewährleistet. Das ist ein Risiko für unsere Freiheit und unsere Demokratie.

Deutschland kann und darf nicht weitermachen wie bisher. Die neue Bundesregierung der 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags ist eine große Chance für eine

grundlegenden Neuanfang in der Politik. Deutschland braucht einen Befreiungsschlag. Deutschland kann mehr.

2. Deutschland 2040 zum Unternehmerland, Land der Zukunftsmärkte machen

Deutschland auf einem abschüssigen Weg – das muss nicht sein. Unser Land ist Weltspitze in der Forschung, wir müssen nur wieder mehr davon und schneller in neue revolutionäre Produkte und Dienstleistungen umsetzen. Unsere Unternehmen – kleine, mittelständische, große – wissen, wie man die Transformation mit neuen Lösungen anpackt. Wir müssen sie nur wieder mehr machen lassen. Wir haben hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber sie müssen erfahren, dass sich ihr Einsatz auch lohnt. Wenn wir sie wieder auf Vordermann bringen, haben wir eine hervorragende Infrastruktur. Deutschland hat alles, was nötig ist, um die Zukunft zu gestalten. Deutschland muss sich wieder große Ziele setzen und anpacken!

1. Ziel muss es sein, Deutschland international zu einem der attraktivsten Unternehmerländer zu machen. Für Personenunternehmen, Handwerksbetriebe, Start-Ups soll Deutschland zum besten Standort werden.
2. Deutschland hat große Chancen als industrieller Innovationschampion. Die Stärken in der Autoindustrie, der Verteidigungsindustrie, der Chemieindustrie, im Maschinenbau müssen wir ausspielen. Mit technologischen Spitzeninnovationen können wir in Zukunftsmärkten wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, Mobilität, Energie- und Klima, Digital Health weltweit in der ersten Liga spielen.
3. Deutschland muss darin Vorbild werden, was der Staat an Infrastruktur als Grundlage des Wirtschaftens vorhält. Dazu gehören ein funktionierendes, international wettbewerbsfähiges Energiesystem und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bei allen Verkehrsträgern auf Straße, Wasser, Schiene und Luft. Deutschland muss die modernste digitale Infrastruktur vorhalten und seine Bildungsleistungen wieder auf internationales Spitzenniveau anheben.

4. Deutschland und Europa müssen sich international als attraktiver Kapitalmarkt etablieren. Die Transformation der Wirtschaft, die Wachstumsfinanzierung von Start-Ups, eine moderne Infrastruktur, Sicherheit und Verteidigung erfordern hohe Investitionen. Nur ein starker Kapitalmarkt kann die Mittel dafür mobilisieren.

3. Neue Balance zwischen Staat, Markt und Unternehmen herstellen

Die Balance zwischen Staat, Markt und Unternehmen ist aus den Fugen geraten. Der Staat übernimmt sich, wenn er Zukunft zu sehr im Detail regulieren und finanzieren will. Um die Komplexität wirtschaftlicher Prozesse effektiv zu steuern, gibt es kein besseres System als die Soziale Marktwirtschaft mit unternehmerischer Freiheit, kontrolliert und gesteuert durch Markt und Wettbewerb. Der Staat muss sich auf seine Kernkompetenzen Ordnungsrahmen und Infrastruktur konzentrieren. In diesem Sinne sind folgende Grundsatzentscheidungen notwendig:

- Der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft muss zurückgeführt und die Staatsquote von heute 48 Prozent (2015 bei 44,1 Prozent) in Richtung 40 Prozent gesenkt werden.
- Der Staat wäre mit einer Vollkaskoabsicherung gegen alle individuellen Lebensrisiken der Bürgerinnen und Bürger überstrapaziert. Dieser Trend ist zu korrigieren. Hilfen und Transfers müssen stärker auf Hilfe in wirklichen Notlagen und auf Hilfe zur aktiven Selbsthilfe konzentriert werden (Fördern und Fordern).
- Der Staat kann und darf nicht für jedes Unternehmen den Retter in der Not geben. Er kann und darf nicht durch Subventionen politisch gewünschte Technologien oder gar politische Märkte gegen den freien Markt und Wettbewerb finanzieren.
- Der Staat muss Unternehmen von überzogenen und wirklichkeitsfremden Regulierungen befreien. Das Lieferkettengesetz, die ESG-Taxonomie, Gleichstellungsbürokratie, Entwaldungsverordnung etc. sind zu stoppen und abzuschaffen.

Unternehmertum in Deutschland braucht wieder mehr Freiräume und mehr Vertrauen. Risiko, Haftung und Verantwortung müssen eng verknüpft bleiben, Risiko bei Erfolg durch Gewinn belohnt und bei Misserfolg durch Verlust sanktioniert werden. Der Staat garantiert verlässliche Rahmen- und Standortbedingungen, mischt sich aber in unternehmerische Entscheidungen nicht ein. Das sind die Erfolgsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

4. Sicherheits- und Verteidigungspolitik selbst in die Hand nehmen

Russland und Ukraine, Naher Osten und Israel, China und Taiwan, nie in der Nachkriegsgeschichte haben sich weltweite Krisenzustände in einer Dichte gehäuft, wie aktuell. Terrorismus, Cyberangriffe, organisierte Kriminalität und hybride Kriegsführung gefährden die innere Sicherheit. Geopolitische Spannungen und militärische Bedrohungen erfordern eine starke äußere Sicherheit. Wir müssen auf Länder wie Russland reagieren, die offensichtlich Krieg zur Durchsetzung ihrer Interessen als legitime Maßnahme sehen. Wir müssen die Werte der freien westlichen Demokratie verteidigen. Zu Recht erwarten die USA von Deutschland und Europa dabei mehr Verantwortung und mehr Engagement. Wir müssen unsere eigenen sicherheitspolitischen Interessen formulieren und für sie eintreten. Konkret heißt das:

- Deutschland und Europa müssen die sicherheitspolitische Kooperation mit den USA und anderen westlichen Ländern vertiefen.
- Deutschland muss einen Nationalen Sicherheitsrat einrichten.
- Trotz Sondervermögen ist Deutschland nach wie vor nicht verteidigungsfähig. Deutschland muss die NATO-Ziele sicherstellen, Fähigkeiten der Bundeswehr steigern und das Beschaffungswesen straffen. Der Verteidigungsetat muss dauerhaft auf 3 bis 4 Prozent des BIP angehoben werden.
- Das Beschaffungswesen der Bundeswehr muss schneller, effizienter und verlässlicher werden. Nur wenn Aufträge verlässlich sind, kann die Industrie

ausreichende verteidigungspolitische Produktionskapazitäten vorhalten. Dabei sind auch die Chancen europaweiter Kooperationen und Bestellungen zu nutzen.

- Die Rüstungsexportregelung muss im europäischen Verbund erfolgen ohne deutsche Alleingänge.
- Deutschland muss seine Kapazitäten zur Abwehr von Cyberangriffen, v. a. auch auf unsere Infrastruktur, ausbauen und eine schlagkräftige Cyber-Abwehr sicherstellen.
- Wirtschaftskriminalität als Teil der hybriden Kriegsführung, insbesondere in der digitalen Sphäre durch Cyberkriminalität und Online-Betrug, müssen stärker bekämpft werden.

Deutschland muss Bedrohungen effektiv begegnen können und seine internationalen Verpflichtungen erfüllen. Freiheit und Demokratie müssen sich wehren können.

5. Europa ins Zentrum der Politik rücken

In einer Welt im Umbruch muss sich Europa im Ringen der Machtblöcke durch gemeinsames Auftreten und mit einer Stimme behaupten. Nach innen muss die EU den Zusammenhalt festigen, die Integration. Die neue Bundesregierung muss auf die europäischen Partner zugehen und auf nationale Alleingänge verzichten ohne eigene Interessen aufzugeben. Deutschland muss gemeinsam mit Frankreich Führung übernehmen, die kleineren Staaten mitnehmen und v. a. auch Polen und die weiteren mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten und wo möglich auch Großbritannien einbinden. Konkret muss die Bundesregierung folgende Schwerpunkte setzen:

- Deutschland muss – unter Wahrung eigener Interessen – Anwalt sein für eine gemeinschaftliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU mit gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekten, gemeinsamen Beschaffungsstrategien und gemeinsamen europäischen Regelungen für Rüstungsexporte.

- Europa muss seine Außengrenzen wirksam schützen und Frontex zu einer operativen Grenzpolizei an den europäischen Außengrenzen aufbauen, um illegaler Immigration vorzubeugen. In Einwanderungszentren außerhalb der EU müssen alle Immigrationswilligen vor einem Grenzübertritt geprüft, abgewiesen oder zugelassen werden. Eine Zuwanderung von qualifizierten und integrationswilligen Kräften in den Arbeitsmarkt muss unterstützt werden, eine Zuwanderung in die Sozialsysteme muss verhindert werden.
- Die Bundesregierung muss die Agenda der Kommissionspräsidentin für mehr Wettbewerbsfähigkeit Europas aufgreifen, mitprägen und weiterentwickeln. Dazu müssen bürokratische Reglementierungen wie Lieferkettengesetz oder ESG-Taxonomie abgeschafft, wenigstens aber überarbeitet und neue verhindert werden. Statt neue schuldenfinanzierte Fonds aufzulegen, sollte die EU die Mitgliedstaaten stärker zur Haushaltskonsolidierung und zu Strukturreformen anhalten.
- Deutschland muss in der EU für eine nachhaltige stabilitätsorientierte Fiskal- und Währungspolitik eintreten und Bollwerk gegen eine Schulden- und Transferunion sein. Dabei muss Deutschland mit Beispiel vorangehen und die nationale Schuldenbremse wie den europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt konsequent einhalten.
- Die neue Bundesregierung muss eine europaweite Kapitalmarktunion vorantreiben und sie muss den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen vollenden, damit Europa für Investoren aus aller Welt zur ersten Adresse wird.
- Deutschland muss Vertiefung des EU-Binnenmarktes, allem voran eines Energiebinnenmarktes und eines digitalen Binnenmarktes, forcieren. Für eine europäische Datensouveränität sind Standards und Infrastruktur zu schaffen.
- Deutschland muss sich auf europäischer Ebene für weitere Handelsabkommen stark machen. Die EU sollte dabei kleinere Abkommen anstreben, für die nur die EU zuständig ist und sie sollte davon Abstand nehmen, Handelsabkommen mit wirtschaftsfremden Forderungen und Themen zu überfrachten.

6. Den Staatshaushalt auf Zukunft hin ausrichten

Im Staatshaushalt manifestiert sich die Politik einer Regierung. Er muss auf die Zukunft hin ausgerichtet sein und er muss dauerhaft die Handlungsfähigkeit des Staates garantieren. Von daher verbietet sich eine Überschuldung des Staates. Klagen über fehlende Spielräume für Investitionen lenken ab. Die Bundesregierung kann für 2025 mit neuen Rekordeinnahmen in Höhe von 399 Mrd. Euro rechnen. Es fehlt nicht an Geld. Es wird nur falsch ausgegeben.

- Die Staatsausgaben sind seit 2019 von 362 Mrd. Euro auf ursprünglich geplant 536 Mrd. Euro 2025 gestiegen. Die Staatsquote liegt bei 48 Prozent. D. h. jeder zweite Euro, der in Deutschland ausgegeben wird, wird vom Staat ausgegeben. Die Dynamik der letzten Jahre im Anstieg der Staatsausgaben ist zu stoppen.
- Die Bundesregierung muss zugleich die Haushaltsstruktur qualitativ verbessern und den Herausforderungen der Zeit anpassen.

Zum einen müssen die Gegenwarts- und Transferausgaben auf dem bestehenden Niveau eingefroren und womöglich gesenkt werden (wie z. B. beim Bürgergeld).

Zum anderen müssen Investitionen in Infrastruktur sowie Sicherheit und Verteidigung und digitale Verwaltung hochgefahren werden. Steuermehreinnahmen müssen in den nächsten Jahren ausschließlich hierfür reserviert werden.

- Die Schuldenbremse ist konsequent einzuhalten. Sie verhindert für sich keine Investitionen. Sie zwingt nur die Politik, Prioritäten zu setzen und Verantwortung zu übernehmen. Auch der Staat darf Budgetrestriktionen nicht ignorieren.

7. Mit niedrigen Steuern neue wirtschaftliche Dynamik freisetzen

Deutschland braucht einen neuen Reformanlauf in der Steuerpolitik. Nach jahrelangem Reformstillstand gehört Deutschland zu den Ländern mit den international

höchsten Unternehmenssteuern. Das schreckt Investoren ab, die wir umso dringender brauchen als die Transformation Investitionen in Billionenhöhe erfordert und 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen von der privaten Wirtschaft getragen werden. Um den Unternehmen die notwendigen Spielräume für diese Investitionen zu geben, sind folgende Weichenstellungen notwendig:

- Deutschland muss die durchschnittliche Belastung der Unternehmen mit Steuern auf 25 Prozent senken.
- Wir brauchen eine substanziale Verbesserung der Abschreibungsbedingungen.
- Die steuerliche FuE-Förderung muss ebenso spürbar verbessert werden wie die steuerliche Behandlung von Investitionen in Start-Ups (u. a. vollständige Verlustverrechnung).
- Der Verlauf des linear-progressiven Einkommensteuertarifs ist abzuflachen und nach rechts zu verschieben. Die Einkommensgrenze für den Spaltensteuersatz muss deutlich angehoben werden.
- Der Solidaritätszuschlag muss vollständig abgeschafft werden.
- Die Erbschaftsteuer sollte abgeschafft werden, mindestens aber in die Kompetenz der Länder überführt werden.
- Die kalte Progression muss durch einen gesetzlich verankerten, verlässlichen Automatismus (Tarif auf Rädern / Indexierung) beseitigt werden.

Eine hohe Investitionsdynamik erfordert zudem einen leistungsfähigen Kapitalmarkt, der ausreichend Kapital mobilisieren zu kann. Um den deutschen Kapitalmarkt zu stärken sind in der Rentenversicherung stärkere kapitalgedeckte Säulen einzuführen, Versicherer sind von überzogenen Anlageeinschränkungen zu befreien und auf europäischer Ebene ist ein Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen zu schaffen.

8. Die Energie- und Klimapolitik neu ausrichten

Deutschland braucht einen Neustart in der Energie- und Klimapolitik. Die gesetzten energie- und klimapolitischen Ziele sind mit dem bisherigen Ausbautempo nicht zu erreichen. Es ist dabei zu fragen, ob der Strombedarf einer CO₂-neutralen Wirtschaft nicht gravierend unterschätzt wird. Bei der Versorgungssicherheit besteht mittelfristig eine eklatante Deckungslücke an gesicherter Leistung. Die Kosten der Energiewende sind schon heute enorm. Die Energieversorgung ist international nicht wettbewerbsfähig. Höchste Strompreise im weltweiten Vergleich treiben die energieintensive Wirtschaft aus dem Land. Damit verlieren wir eine wichtige wirtschaftliche Basis, die wir für die Transformation der Wirtschaft brauchen. Die jetzige Energiewende ist zu bürokratisch, zu eng, zu teuer, zu ineffizient. Sie muss geöffnet werden für einen breiten Einsatz aller Energieträger, für eine kräftige Steigerung des Energieangebots, für alle Technologien, für Innovationen, für Markt und Wettbewerb. Eine neue Energiepolitik muss folgenden Linien folgen:

- Wenn es offensichtlich wird, dass die Klimaziele nicht oder nur zu unverhältnismäßigen und kaum zu finanzierenden Kosten zu erreichen sind und wenn wir wissen, dass deutsche und europäische Alleingänge auf das Weltklima so gut wie keinen Einfluss haben, aber unsere Wirtschaft und unsere Industrie vernichten, muss man bereit sein über Ziele und Zeitpfade neu zu diskutieren und über alternative Wege nachdenken.
- Klimapolitik muss vor allem an der internationalen Dimension ansetzen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung im Klimaschutz an einer effektiven internationalen Kooperationsstrategie zu arbeiten.
- Der Emissionshandel muss Leitinstrument der Energie- und Klimapolitik werden. Zugleich müssen die Einnahmen aus dem Emissionshandel den Bürgern und der Wirtschaft vollständig zurückgegeben werden, damit diese die nötigen Spielräume für die Finanzierung der Transformation haben.

- Das Angebot an Energie muss technologieoffen kräftig ausgeweitet werden. Erneuerbare Energieträger können dazu einen Beitrag leisten. Aber sie können die Energieversorgung nicht allein. Wegen ihrer Volatilität müssen konventionelle Kapazitäten vorgehalten werden, weil nur sie Versorgungssicherheit gewährleisten können. Wir brauchen einen breiten Energiemix einschließlich der Option Kernenergie.
- Die Bundesregierung muss für eine schnelle Erleichterung bei den Energiekosten die Netzentgelte halbieren und Energiesteuern auf ein Minimum senken.
- Die Bundesregierung muss alles daransetzen, dass Deutschland eine einheitliche Strompreiszone bleibt.
- Zugleich muss die künftige Bundesregierung beherzt in den Ausbau der Energieinfrastruktur investieren einschließlich Infrastruktur für Elektromobilität und einer Wasserstoffinfrastruktur.
- Deutschland muss die Transformation mit mehr Pragmatismus angehen und auf einen breiten Energiemix setzen. Auch synthetische Kraftstoffe können und sollen ihren Beitrag leisten, weil sie bestehende Verbrenner-Motoren nutzen, um den CO₂-Ausstoß schnell zu senken. Das Verbrenner-Verbot ist zurückzunehmen. Wir müssen Gas als Energieträger nutzen, auch heimische Gasressourcen. Wasserstofffähige Gaskraftwerke sind wichtig für mehr Versorgungssicherheit leisten. Wir sollten die Möglichkeiten von CCU austesten. In einer längeren Übergangszeit können wir auch blauen, roten oder grauen Wasserstoff akzeptieren. Wir müssen uns die Option der Kernenergie offenhalten. Wir sollten Innovationen bei der Kernfusion fördern.
- Es gilt auch in der Energiewirtschaft das Übermaß an Bürokratie und Reglementierung abzubauen, staatliche Interventionen reduzieren und einen Regelungsrahmen schaffen, der Innovationen und Technologien den Weg frei macht. Der Emissionshandel reicht für eine effektive Klimapolitik. Zusätzliche Regulierungen und Interventionen sind dann nicht mehr nötig.

9. Arbeit wieder attraktiver machen

Die neue Bundesregierung muss in der Arbeitsmarktpolitik den Wert der Arbeit wieder in den Mittelpunkt rücken. Der Mangel an Arbeitskräften ist die größte Wachstumsbremse Deutschlands. Das ist nicht nur Folge der Demografie. Auch das Arbeitsvolumen pro Kopf ist international eines der niedrigsten. Fehlanreize wie Bürgergeld machen Arbeit z. T. unattraktiv. Viele würden gerne mehr arbeiten, aber sie fragen sich, ob sich das lohnt. Fast nirgendwo werden Arbeitseinkommen stärker mit Steuern und Abgaben belastet als in Deutschland. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, wenn es mehr und bessere Betreuungsangebote für ihre Kinder gäbe. Debatten über kürzere Arbeitszeiten gehen in die falsche Richtung. Kehrtwende heißt, Arbeit attraktiver machen, den Wert der Arbeit wieder in den Vordergrund rücken, den Arbeitsmarkt flexibler machen. Im Einzelnen schlägt der Wirtschaftsbeirat Bayern folgende Maßnahmen vor:

- Um einen modernen Arbeitszeitrahmen zu schaffen, muss die tägliche Höchstarbeitszeit durch eine wöchentliche ersetzt werden. Die bestehende starre 11-stündige Ruhezeitregelung muss dringend flexibilisiert und die Spielräume der Arbeitszeitrichtlinie genutzt werden. Die Arbeitszeiterfassung muss sich nach den Verhältnissen eines Betriebes richten. Modelle der Vertrauensarbeitszeit müssen weiterhin möglich sein.
- Der Renteneintritt muss flexibilisiert werden und auch zu einer längeren Lebensarbeitszeit ermutigen. Das generelle Renteneintrittsalter muss an die steigende Lebenserwartung angepasst werden. Nach einer Formel von Rentenexperten soll bei einem Anstieg der Lebenserwartung um 12 Monate das Renteneintrittsalter um 8 Monate angehoben werden und die Bezugsdauer der Rente um 4 Monate verlängert werden. Um davon abweichende selbstbestimmte und flexible Renteneintritte zu ermöglichen, müssen diese mit versicherungsmathematisch adäquaten Zu- oder Abschlägen versehen werden.
- Frühverrentungsanreize und v. a. die abschlagsfreie Rente mit 63 sind abzuschaffen. Vorzeitige Rentenzugänge sollten angehoben werden, um den Renteneintritt

von heute 64,4 Jahren näher in Richtung Regelaltersgrenze zu verschieben. Der frühestmögliche Beginn der Altersteilzeit sollte von 55 auf 60 Jahre angehoben werden. Für Rentenbezieher, die bereits aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, sollten sachgrundlos befristet Arbeitsverhältnisse erleichtert werden.

- Viele Frauen würden gerne mehr arbeiten, aber sie können es nicht, weil es an Betreuungsplätzen für Kinder fehlt (Deutschlandweit fehlen 400.000 Kita-Plätze). Deshalb brauchen wir mehr Kinderbetreuung, mehr Ganztagschulen aber auch beschleunigte Anerkennungsverfahren und unbürokratischere Arbeitserlaubnisse für Fachkräfte im Bereich Kinderbetreuung aus dem Nicht EU-Ausland, um Personalengpässe zu mindern.
- Eine Politik der Verkürzungen von Arbeitszeiten ggfs. gar mit vollem Lohnausgleich oder politisch regulierte Arbeitszeitverkürzungen sind gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv und abzulehnen.
- Beim Bürgergeld müssen Fehlanreize beseitigt und das Prinzip „Fordern“ gestärkt werden. Die Regelsätze sind 2024 überproportional gestiegen und müssen korrigiert werden. Die Besitzstandsregelung ist abzuschaffen. Das Prinzip Eigenverantwortung ist zu stärken. Wir müssen wieder stärker in Richtung aktivierender Grundsicherung. Absicherung der wirklich Bedürftigen. Ansonsten Hilfe zur Selbsthilfe nach dem Prinzip fördern und fordern.
- Eine bedingungsloses Grundeinkommen ist grundsätzlich abzulehnen.
- Die Politik muss sich aus der Mindestlohnkommission wieder heraushalten. Die Tarifautonomie hat sich bewährt. Eine politische Aushebelung der Mindestlohnkommission führt zur Abkehr von marktkonformen Löhnen und erschwert es für weniger qualifizierte Arbeitskräfte eine Beschäftigung zu finden. Diese Arbeitsplätze werden wegklassifiziert, wenn der Mindestlohn zu hoch ist.
- Wir brauchen eine gesteuerte Zuwanderung, die auch schneller und unbürokratischer werden muss (Visa, Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

etc.). Zuwanderung in die Sozialsysteme muss aber konsequent verhindert werden.

Deutschland muss wieder das Signal aussenden, es lohnt sich, hier zu arbeiten. Wer Leistung bringt, hat mehr.

10. Das System der sozialen Sicherung auf tragfähige Säulen stellen

Das System der sozialen Sicherung in Deutschland ist auf die demografischen Herausforderungen nicht vorbereitet. Unabhängig davon ist die Ausgabendynamik durch immer neue leichtfertige Leistungsversprechen aus dem Ruder gelaufen. Ohne strukturelle Reformen drohen drastische Abgabensteigerungen. Die Ausgabendynamik muss gebremst werden. Folgende Ansätze sind notwendig, um die Tragfähigkeit der Sozialen Sicherungssysteme zu stärken:

- Die sozialen Sicherungssysteme sollen gegen elementare Lebensrisiken absichern, aber keine Rundumversorgung garantieren. Jenseits der elementaren Risiken ist Eigenverantwortung einzufordern.
- Der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an den Löhnen liegt bei über 40 Prozent und könnte ohne Reformen bis 2035 auf 48,6 Prozent steigen. Ziel muss es sein, diese Abgabenquote dauerhaft unter 40 Prozent zu halten.
- Versicherungsfremde Leistungen sind konsequent aus den Systemen der sozialen Sicherung herauszunehmen.
- Eine stärkere Mobilisierung des inländischen Erwerbspersonenpotenzials (Frauen; Attraktivität der Arbeit) würde die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig stabilisieren.
- Das System der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen muss aufrecht erhalten bleiben.

- Die Rente muss – ergänzend zu Ziffer 9 – zugleich um eine obligatorische kapitalgedeckte Säule ergänzt werden.
- Auch im Gesundheits- und Pflegewesen gilt es, durch Reformen Effizienzreserven zu heben. Die Arbeitslosenversicherung muss sich wieder auf ihre Kernaufgaben fokussieren.

11. Deutschland zum Land mit der modernsten Infrastruktur machen

Die Infrastrukturpolitik ist einer der wirksamsten Hebel staatlicher Standortpolitik. Die Bundesregierung muss dem zunehmenden Wunsch nach Mobilität und dem steigenden Transport- und Verkehrsaufkommen Rechnung tragen. Die Verkehrsinfrastruktur stößt an die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Der Zustand der deutschen Verkehrsinfrastruktur ist besorgniserregend. Notwendige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen kommen zu kurz. Neuinvestitionen bleiben hinter dem Bedarf zurück. Kehrtwende in der Verkehrspolitik heißt, den Bedarf an Mobilität und Transport nachhaltig und umweltfreundlich bedienen, statt zu rationieren.

- Für die Sanierung und Erweiterung des Verkehrsnetzes sind bis 2030 Mittel in Höhe von 372 Mrd. Euro erforderlich. Beim Schienennetz sind 1169 km überlastet, nur 62 Prozent des Schienennetzes sind elektrifiziert und das Hochgeschwindigkeitsnetz muss stark erweitert werden, um den Güter- und Personenverkehr zu dekarbonisieren. Im Flugverkehr belasten hohe Standortkosten und ineffiziente Abfertigungsprozesse die Wettbewerbsfähigkeit. Um dies zu korrigieren, muss hier auf Jahre hinaus kräftig investiert werden.
- Für Bayern wichtige Projekte sind der Schluss des Autobahnsüdrings um München mit dem Süd-Tunnel (Aufnahme in den Bedarfsplan für Bundesverkehrswege), die Anbindung des Flughafens München an den Schienenfernverkehr, der Zulauf zum Brenner Basis Tunnel auf deutscher Seite.

- Die digitale Infrastruktur Deutschland hinkt internationalen Standards weit hinterher. Während in Deutschland erst 2030 alle Unternehmen und Haushalte Glasfaseranschlüsse haben sollen, haben Südkorea und Japan bereits heute eine nahezu flächendeckende Glasfaserabdeckung.

Kehrtwende in der Infrastrukturpolitik heißt: den Investitionsstau zügig abbauen. Infrastrukturinvestitionen Vorrang einräumen vor weiteren Transferausgaben. Neue Schulden sind dazu nicht nötig.

12. Staat und Verwaltung grundlegend reformieren

Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland haben das Gefühl, der Staat funktioniert nicht mehr, wie er soll, ob bei Bahn, Bildung oder Verwaltung. Wir brauchen eine grundlegende Staats- und Verwaltungsreform, die Verfahren und Prozesse verschlankt, schneller, effizienter und transparenter macht. Im Einzelnen müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Im Laufe der kommenden Legislaturperiode sind alle Verwaltungsabläufe vollständig zu digitalisieren.
- In der Verwaltung sind die Führungsebenen zu reduzieren und Organisationserfahrung aus privaten Organisationen zu nutzen. Die Beamtinnen und Beamten sollen mehr Entscheidungsbefugnis und mehr Vertrauen erhalten und Rückhalt für ihre Entscheidungen.
- Gegenüber den Kommunen ist das Konnexitätsprinzip konsequent einzuhalten.
- Im Sinne des Prinzips „ein Projekt, ein Verfahren“ ist ein systematisches Verwaltungsrecht zu schaffen.
- Neue Gesetze sind konsequent auf eine digitale Verwaltung auszulegen.

- Eine Föderalismusreform muss die Bund-Länder-Zuständigkeiten entflechten (z. B. durch eine Erbschaftsteuer in Länderkompetenz).
- Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und auf wenige Instanzen reduziert werden. Die Anzahl der Instanzen bei Klage- und Einspruchsverfahren ist zu verringern.
- Das Verbandsklagerecht ist abzuschaffen, Bürgerbegehren brauchen höhere Hürden.
- Der Mangel an Wohnraum birgt sozialen Sprengstoff und ist ein Standortnachteil. Mietpreisbremsen und Bodennutzungsvorschriften verschärfen das Problem, statt es zu mildern. Nur wenn Bauen einfacher und billiger wird, lässt sich das Wohnungsdefizit wirksam beheben. Dazu gilt es,
 - überbürokratische Bauvorschriften zu entrümpeln,
 - das materielle Baurecht auf Bundesebene zu entschlacken (Wärmedämmverordnungen, Emissionsschutzverordnungen, etc.),
 - Mietpreisbremsen abzuschaffen,
 - auf Subjekt- statt Objektförderung für Bedürftige umzustellen,
 - den sozialen Wohnungsbau zu fördern und das Wohngeld zu indexieren,
 - bei der Grunderwerbsteuer familienfreundliche Freibeträge einzuführen,
 - die Nebenkosten beim Immobilienverkauf zu senken und
 - das Baukindergeld zu verstetigen.

Ziel dieser Anstrengungen ist eine moderne, effiziente und bürgernahe Verwaltung, die den Anforderungen des digitalen Zeitalters gerecht wird. Verwaltung muss verlässlich, transparent, effizient, schnell und serviceorientiert sein. Bürgerinnen und Bürger müssen wieder mehr Vertrauen in die Verwaltung gewinnen.

Staat und Politik müssen wieder mehr für das Prinzip „Leistung lohnt sich“ werben. Dazu eignet sich kein Bereich mehr als der Sport. Sport ist gelebte Freude an der Leistung. In diesem Sinne werden folgende Ansätze vorgeschlagen:

- Deutschland muss eine Olympiabewerbung forcieren und sich als Gastgeber einer weltweiten Sport-Großveranstaltung etablieren.
- Die Bundesjugendspiele sind wieder leistungsbezogen zu gestalten.
- Die Förderung der Sportvereine im Breitensport muss ausgebaut werden.
- Ehrenamtliches Engagement in Vereinen ist steuerlich zu ermutigen.

13. Die Chancen eines Neuanfangs nutzen

Es ist Zeit für einen Mentalitätswandel und für einen kulturellen Neubeginn. Wir müssen weg von der Vollkaskomentalität, die der Staat garantiert. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, jeder habe Anspruch auf ein zumutungsfreies Leben. Wir müssen uns lösen von dem Gedanken, der Staat könne und müsse Zukunft für uns organisieren. Wir selbst müssen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen, nicht der Staat. Wir müssen den Wettbewerb annehmen und unsere Möglichkeiten und Perspektiven selbst erschließen und erarbeiten. Wir müssen wieder mehr auf unternehmerische Kraft setzen, nicht auf den Staat. Aber der Staat muss Voraussetzungen schaffen, damit wir dies in Freiheit und Verantwortung tun können. Es soll wieder Freude bereiten, sich einzusetzen, sich zu engagieren, anzupacken, Erfolg zu haben. Und der Erfolg muss sich auch wieder lohnen. Wer bereit ist etwas zu leisten, soll davon etwas haben. Das sind die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Subsidiarität und Eigenverantwortung, Solidarität durch Hilfe zur Selbsthilfe und Unterstützung in Notlagen. Unsere Vision der Zukunft ist die einer unternehmerischen, nachhaltigen und innovativen Zukunft, die alle mitnimmt, eine Zukunft in der Freiheit gelebt und Verantwortung übernommen werden. Für diese Eckpunkte einer Kehrtwende müssen wir kämpfen.

München, Januar 2025

V. i. S. d. P.: Dr. Johann Schachtner, Generalsekretär